

Schluss mit Hermes-Bürgschaften in die Türkei!

Exportkreditversicherungen der Bundesrepublik Deutschland zugunsten deutscher Exporteure und Kreditinstitute sind maßgeblicher Bestandteil der deutschen Außenwirtschaftsförderung. Mit solchen Garantien werden deutsche Unternehmen vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner geschützt: Bleiben Zahlungen der ausländischen Abnehmer aus, springt der deutsche Staat ein. Durch die Erhebung von Entgelten ein Milliarden-Geschäft.

An der Spitze der Beauftragten der Bundesregierung, die Abwicklung dieser Exportkreditgarantien durchzuführen, steht die „Euler Hermes SA“, weswegen die Versicherungen auch Hermes-Deckungen oder Hermes-Bürgschaften genannt werden.

Bereits 2017 kamen die Hermes-Bürgschaften als Druckmittel gegen die Türkei ins Spiel. Damals ging es um die Inhaftierung deutscher Staatsbürger wegen Terrorverdachts wie im bekanntesten Fall Deniz Yücel. Es verblieb wie so oft aber nur bei einem politischen Signal: Die Bürgschaften wurden lediglich gedeckelt und die Obergrenze mit 1,5 Milliarden Euro so hoch angesetzt, dass es insgesamt sogar zu einer deutlichen Steigerung kam. 2018 war die Türkei nach Russland das Land, für das der höchste Betrag aus der deutschen Staatskasse dafür bereitgestellt wurde.

Zu den Kriterien der Förderungswürdigkeit gehören unter anderem die „Vertretbarkeit politischer Risiken“, laut Bund werden die Anträge auf Übernahme von Garantien vertieft geprüft, unter anderem mit Blick auf die Einhaltung von Menschenrechten. Wie aber ist dies vereinbar mit dem Export von Waffen, mit denen nun ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg der Türkei gegen Nordsyrien geführt wird, der bereits zu hunderten zivilen Opfern, hunderttausenden Flüchtlingen und täglich vermeldeten Kriegsverbrechen geführt hat? Wie kann die Einhaltung von Menschenrechten gewährleistet sein bei der Zusammenarbeit mit der diktatorischen Erdoğan-Regierung, die verbündet ist mit dschihadistischen Milizen, allen voran dem sogenannten „Islamischen Staat“? Trotz alledem will das Wirtschaftsministerium unter Peter Altmaier (CDU) die Hermes-Bürgschaften für deutsche Türkei-Geschäfte vorerst unverändert weiter gewähren.

Dies ist völlig inakzeptabel. Die türkische Aggression richtet sich gegen die Regionen in Nordostsyrien, in denen in den letzten Jahren eine multiethnische, multireligiöse und basisdemokratische Gesellschaft aufgebaut wurde. An der Spitze dieser freiheitlichen Bewegung standen und stehen Frauen, deren Kampf gegen das Patriarchat, ob als verinnerlichtes Verhalten in der Gesellschaft oder der entfesselten Gewalt des IS, Menschen weltweit inspiriert hat. All dies wird nun erneut gegen die extreme Form der patriarchalen Gewalt des Krieges verteidigt.

Deswegen stehen wir hier als Frauen Lesben Trans Inter Personen: da dort in der Region eine Perspektive zur Befreiung der Frau in die Praxis umgesetzt wurde, die für uns alle eine Inspiration und Hoffnung bedeutet.

Wir fordern einen sofortigen Stopp der Export-Bürgschaften an die Türkei, die über die Euler Hermes SA laufen!

Es bedarf echter Sanktionen statt immer weiterer Lippenbekenntnisse und Symbolpolitik, um den verbrecherischen Krieg zu stoppen!

Keine Zusammenarbeit mit der faschistischen Türkei!

Sondern die Anerkennung der demokratischen autonomen Verwaltung der Bevölkerung Nord- und Ostsyriens.

Wir fordern, sofortige Schritte für eine politische Lösung der Krise in Syrien unter Beteiligung von Frauen und Volksvertretern aus allen verschiedenen nationalen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften in Syrien zu unternehmen

Women Defend Rojava Hamburg
Oktober 2019

<https://womendefendrojava.net/de/>

Twitter: @starrcongress

@WomenDefendRoj1

